

Rating beeinflusst die Laufzeit von Unternehmenskrediten

Nataliya Fedorenko

Dorothea Schäfer
dschaefer@diw.de

Oleksandr Talavera

Im Zuge der Umsetzung von Basel II ringen deutsche Banken darum, ein möglichst effizientes Rating-System aufzubauen. Erklärtes Ziel ist es, in Zukunft Kreditvergabe und -konditionen vor allem auf der Basis von Rating-Kennziffern zu treffen. Im Folgenden wird anhand von anonymisierten Mikrodaten aus Kreditportfolios die Beziehung von Banken zu Firmenkunden eingehend analysiert. Dabei wird insbesondere der Zusammenhang zwischen Rating und Kreditlaufzeit bei Unternehmenskrediten untersucht. Die Ergebnisse sind eindeutig: Das Rating determiniert bereits heute die Kreditlaufzeit. Dabei werden Gesellschaften (GmbHs, GbRs, AGs, KGs) und Einzelunternehmen durchaus unterschiedlich behandelt. Der Befund zeigt auch, dass die Dauer der Bank-Kunden-Beziehung für die Fristigkeit des Kredits kaum eine Rolle spielt.

Die bislang für Deutschland durchgeführten Studien beruhen hauptsächlich auf inzwischen veralteten Datensätzen mit vergleichsweise wenig Beobachtungen.¹ Die ökonomische Analyse unter Verwendung anonymisierter Mikrodaten von Firmenkunden, die auf elektronischem Wege erfasst werden und große Stichproben umfassen, steht noch am Anfang. Allmählich steigt die Bereitschaft von Banken, solche Datensätze für Forschungszwecke zur Verfügung zu stellen. Vieles deutet darauf hin, dass dieser Analyseansatz zu aktuellen und robusten Ergebnissen führen kann. Das gilt insbesondere für die Frage, welche Bedeutung das Rating für die Kunden-Bank-Beziehung und die Kreditkonditionen hat.

Tatsächlich gehört die Laufzeit zu den zentralen Bestandteilen eines Kreditvertrags, ist diese Entscheidung doch für Bank und Kunde mit nicht unerheblichen Risiken verbunden. Dementsprechend weist die finanzwirtschaftliche Theorie dem Rating des Kreditnehmers eine entscheidende Rolle zu.

Darlehenslaufzeit und Rating: Widersprüchliche theoretische Konzepte

Die Finanzwirtschaft hat zwei konkurrierende Hypothesen über den Zusammenhang zwischen Unternehmens-Rating und Darlehenslaufzeit entwickelt. Zum einen wird schlechtes Unternehmens-Rating mit einer unternehmensseitigen Nachfrage nach längeren Darlehenslaufzeiten assoziiert.² Diese Darlehen sind üblicherweise mit höheren Kosten verbunden. Firmen mit mittleren oder guten „Noten“ haben hingegen hohe Chancen, auch bei kurzfristigen Verträgen eine Anschlussfinanzierung zu erhalten. Solche Firmen sind folglich bestrebt, kurzfristige und damit kostengünstigere Darlehen aufzunehmen.

¹ Machauer, A., Weber, M.: Bank Behaviour Based in Internal Credit Ratings of Borrowers. Journal of Banking and Finance, Vol. 22, 1998, 1355–1383. Elsas, R., Krahn, J.-P.: Is Relationship Lending Special? Evidence from Credit-File Data in Germany. Working Paper 98-05, Frankfurt 1998.

² Flannery, M.: Asymmetric Information and Risky Debt Maturity Choice. Journal of Finance 41 (1), 1986, 19–37.

Kasten

Methode

Um den Zusammenhang zwischen der Laufzeit und der Risikoeinstufung der Kreditnehmer (bzw. ihrer Kredite) zu analysieren, werden mehrere multivariate Regressionsmodelle¹ konstruiert. Dabei wird jeweils die Wahrscheinlichkeit für einen langfristigen Kredit (mindestens 5 Jahre Laufzeit) in Abhängigkeit von dem erzielten Score (= Rating-Note) und weiteren Determinanten der Kreditlaufzeit (Kontrollvariablen) geschätzt. Durch die Standardisierung kann der Score nur die Werte eins, zwei und drei annehmen. Als Kontrollvariablen dienen die Kreditsicherheit, das Kreditvolumen und die Dauer der Bank-Kunden-Beziehung. Im ersten Schritt wird der Zusammenhang für das Kreditrisiko-, Bonitäts- und Immobilien-Rating jeweils separat modelliert. Später werden auch überlappende Effekte mehrerer Risikokennziffern mit einbezogen. Dabei zeigte sich, dass nennenswerte Verbundeffekte nur für das Bonitäts- und Risiko-Rating auftreten. Die Tabelle zeigt die Verteilung auf die beiden Ratings untereinander.

Die geschätzten Koeffizienten geben jeweils an, wie sich die Wahrscheinlichkeit für einen langfristigen Kredit verändert, wenn das Rating schlechter ist. Z. B. gibt der Wert von 20 Prozentpunkten für eine Gesellschaft mit mittlerem Bonitäts-Rating an, dass die Wahrscheinlichkeit einen langfristigen Kredit zu haben um 20 % höher ist, als für eine Gesellschaft mit dem besten Bonitäts-Rating. Dementsprechend zeigt ein Wert von –8 Prozentpunkten für eine Gesellschaft mit der schlechtesten Ratingstufe eine um 8 % geringere Wahrscheinlichkeit für einen langfristigen Kredit.

¹ Es werden lineare Varianten des multivariaten Logitmodells geschätzt.

Tabelle

Verteilung der Kredite nach Risiko- und Bonitätsrating

In %

Risiko-Rating		Bonitäts-Rating			
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Zusammen
Stufe 1	G	22,54	12,68	3,00	38,22
	S	25,24	16,89	1,27	43,40
Stufe 2	G	1,59	27,85	3,81	33,25
	S	0,86	20,22	3,62	24,70
Stufe 3	G	0,56	1,59	26,39	28,54
	S	0,53	0,66	30,70	31,89
Zusammen	G	24,69	42,12	33,20	100
	S	26,63	37,77	35,59	100

G = Gesellschaften; S = Selbständige.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Die zweite Hypothese geht davon aus, dass bei einem hohen Risiko einzig und allein die Angebotsseite, also die Banken, ihre Vertragsvorstellungen durchsetzen können. Hochriskanten Unternehmen werden langfristige Kredite schlichtweg verweigert. Auf kurze Fristen auszuweichen, ist für diesen Firmentyp die einzige Möglichkeit, überhaupt einen Kredit zu bekommen. Unternehmen mit vergleichsweise niedrigem Ausfallrisiko können hingegen ihre Laufzeitwünsche gegenüber den Banken durchsetzen. Dieser Firmentyp ist sicher, den Kredit bei Fälligkeit zurückzahlen zu können und einen neuen gewährt zu bekommen. „Gute Risiken“ wählen daher ganz bewusst die günstigeren kurzfristigen Darlehen. Nur die Firmen mit einem mittleren Risiko bewegen sich im Langzeitsegment. Sie fürchten das Refinanzierungsrisiko und wollen sich dagegen mit einer langen Laufzeit absichern. Folglich legt dieses konkurrierende Konzept eine komplexe Beziehung zwischen Laufzeit und „Rating-Noten“ nahe, die sich mathematisch keineswegs mit einer monoton steigenden Funktion abbilden lässt.³

Die vorliegende Studie untersucht die empirische Relevanz dieser beiden Hypothesen. Insbesondere wird der Frage nachgegangen, wie stark deutsche Banken bereits rating-orientiert handeln, wenn es um die Kreditlaufzeit ihrer Firmenkunden geht.

Datensatz

Der hier verwandte Datensatz geht auf Material zurück, das von Kreditinstituten zur Verfügung gestellt wurde und ist folgendermaßen konstruiert. Zunächst wurde die Samplegröße auf 5 000 Firmenkunden festgelegt. Danach wurde die Mindestkredithöhe des einzelnen Firmenkunden fixiert. Ausgehend von dieser Mindestgröße wurden alle darüber liegenden Obligos gegenüber den Banken erfasst, bis die Samplegröße von 5 000 erreicht war. Da einige Kunden im Laufe des Beobachtungszeitraums die Banken verlassen haben, verringerte sich die Samplegröße allmählich. Im Durchschnitt des Beobachtungszeitraums vom Dezember 2002 bis November 2005 enthält der Datensatz rund 4 000 Firmenkunden. Die am häufigsten vorzufindende Gesellschaftsform ist mit 52 % die GmbH, gefolgt von der GmbH & Co. KG sowie der Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Genossenschaften sind hingegen relativ selten. Die überwältigende Mehrheit der als „selbständige Person“ erfassten Kunden sind Freiberufler. Am zweithäufigsten ist die Einzelfirma anzutreffen. Die meisten Firmenkunden gehören, was ihren Umsatz betrifft, zu den kleinsten und kleinen Unternehmen. Dabei bilden die Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 2 Mill. Euro die größte Gruppe (knapp 42 %). Unternehmen mit

³ Diamond, D. W.: Debt Maturity Structure and Liquidity Risk. The Quarterly Journal of Economics 106 (3), 1991, 709-37.

Umsätzen zwischen 2 und 10 Mill. Euro stellen die zweitgrößte Gruppe dar (fast 36 %). Deutlich seltener treten Unternehmen mit Umsätzen von 10 bis 50 Mill. Euro in der Stichprobe auf; ihr Anteil liegt bei etwa 15 %. Die zahlenmäßig kleinste Gruppe – rund 8 % – bilden Unternehmen mit Umsätzen von über 50 Mill. Euro.

Für die Frage des Einflusses von „Rating-Noten“ auf die Fristigkeit sind vor allem das Kreditneugeschäft, Umschuldungen und andere restrukturierte Kredite relevant. Der anhand dieser Kriterien ausgewählte Datensatz enthält rund 5000 Kredite, für die innerhalb des Beobachtungszeitraums neue Konten eröffnet wurden.⁴ Der Datensatz zu jedem dieser Konten enthält detaillierte Informationen zur Risikoeinstufung des Firmenkunden, zu Laufzeiten, Kreditvolumen, Schuldsicherheiten, Kundentyp und Dauer der Bank-Kunden-Beziehung.

Risikoeinstufungen im Sample

Zur Einschätzung der Risiken von Kunden werden drei Rating-Arten eingesetzt:

- das Risiko-,
- das Bonitäts- und
- das Immobilien-Rating.

Das Risiko-Rating spiegelt das geschätzte Ausfallrisiko eines Kredits wider. Das Bonitäts-Rating ist ein Maß für die Kreditwürdigkeit und bewertet die Fähigkeit des Schuldners, den Kredit vollständig und rechtzeitig zurückzuzahlen. Das Immobilien-Rating erfasst, ob und inwieweit das Immobilien-eigentum eines Schuldners im Verzugsfall für die Deckung des ausstehenden Betrags herangezogen werden kann. Die Rating-Noten stammen aus dem internen Rating der Banken. Üblicherweise gehen in das interne Rating ausgewählte Bilanzkennzahlen, aber auch qualitative Faktoren, wie die Lösung des Nachfolgeproblems, ein. Für das Immobilien-Rating spielen insbesondere Standortfaktoren und Objektdaten eine große Rolle. Die Banken haben im Laufe des Beobachtungszeitraums die Rating-Skala verändert. Deshalb wurde für die Untersuchung eine standardisierte Skala von eins bis drei entwickelt. Aufgrund dieser Standardisierung ist es möglich, die alten und neuen Rating-Scores zu vergleichen. Zu beachten ist, dass mit dieser Standardisierung eine Vergrößerung der von den Banken verwandten Rating-Schemas einhergeht, die jedoch aus Analysegründen zweckmäßig ist. Die Abbildung zeigt für jede Rating-Art, wie sich die Kredite im Sample auf die drei Rating-Gruppen verteilen.⁵

Es wird jeweils die Wahrscheinlichkeit für einen langfristigen Kredit (mindestens fünf Jahre Laufzeit) in Abhängigkeit von dem erzielten Score (= Rating-

Abbildung

Verteilung der Kredite auf die drei Risikostufen nach der Art des Ratings

Anteile in %

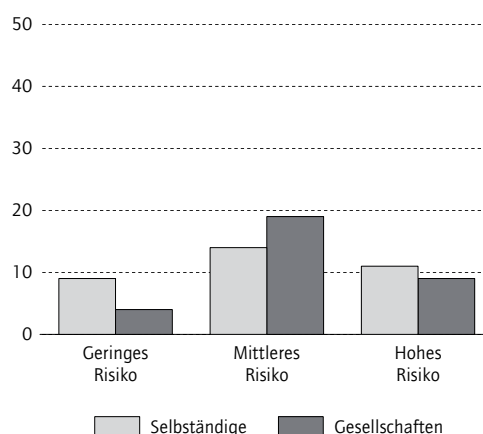
Risiko-Rating



Bonitäts-Rating



Immobilien-Rating



Quellen: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

⁴ Wegen bankinterner Umstellungen bei den Kontoverbindungen im August 2005 wurde der Untersuchungszeitraum verkürzt.

⁵ Im Vergleich zu US-amerikanischen empirischen Studien enthält das Sample relativ wenig Kredite mit schlechtem Rating. Vgl. z. B. Berger, A. N., Espinosa-Vega, M. A., Frame, S. W., Miller, N. H.: Debt Maturity, Risk, and Asymmetric Information. Journal of Finance 60 (6), 2005, 2895–2923.

Tabelle 1

Veränderung der Wahrscheinlichkeiten für einen langfristigen Kredit nach Rating und Kundenart

In Prozentpunkten

		Risiko-Rating	Bonitäts-Rating	Immobilien-Rating
In der mittleren Ratingstufe ¹	G	17	20	31
	S	-11	x	-4
In der untersten Ratingstufe ¹	G	-18	-8	-24
	S	-21	-17	x
Effekt der Besicherung	G	18	13	28
	S	13	14	29
Effekt der Dauer der Bank-Kunden-Beziehung	G	< 1	< 1	< 1
	S	< 1	< 1	< 1
Effekt der Kredithöhe	G	3	3	-3
	S	5	4	x

G = Gesellschaften; S = Selbständige; x = Koeffizient nicht signifikant.

¹ Jeweils gegenüber der obersten Rating-Stufe.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Note) und weiteren Determinanten der Kreditlaufzeit (Kontrollvariablen) geschätzt (Kasten). Da für jeden Kunden „Noten“ von mehreren Ratingkategorien zur Verfügung stehen, ist in der Gesamtschau nicht auszuschließen, dass es zu gegenseitigen Verrechnungen kommt. Z. B. könnte eine hohe Note im Immobilien-Rating eine niedrige Note im Bonitäts-Rating aufwiegen. Aus diesem Grund müssen neben den Einzel-Ratings auch mögliche Verbundeffekte in die Untersuchung einbezogen werden.

Ergebnisse

Die Analyse ergibt unterschiedliche Auswirkungen des Ratings, je nachdem ob der Kunde eine Gesellschaft oder ein Einzelunternehmer ist. So prognostizieren die Schätzungen für einen Einzelunternehmer mit der höchsten Rating-Note im Durchschnitt höhere Chancen auf einen langfristigen Kredit als für ähnlich gut „benotete“ Gesellschaften. Die Daten zeigen auch, dass Einzelunternehmer mit mittel-mäßigem *Risiko-Rating* im Durchschnitt eine um 11 % geringere Wahrscheinlichkeit für „Langläufer“ haben als diejenigen mit dem besten Risiko-Rating (Tabelle 1). Selbständige mit als hochriskant eingestuften Projekten haben sogar um 21 % geringere Chancen auf einen langfristigen Kredit.

Die Ergebnisse für das *Bonitäts-Rating* weisen ebenfalls auf eine negative Beziehung zwischen Rating und Laufzeit hin. In der Tat haben die Kredite mit dem niedrigsten Bonitäts-Rating die geringste Wahrscheinlichkeit einer langen Laufzeit – für Einzelunternehmer ist sie um 17% geringer als bei Krediten mit dem besten Rating. Die Wirkung des *Immobilien-Ratings* auf die Fristigkeit ähnelt der des Bonitäts-Ratings. Im Vergleich zu denen mit dem

höchsten Immobilien-Rating haben Kredite mit einer mittleren Note eine um 4 % niedrigere Wahrscheinlichkeit für einen langfristigen Kredit. Eine „schwache Absicherung“ eines Darlehens mit Immobilien führt zu kürzeren Laufzeiten. Die Verbundeffekte des Risiko- und Bonitäts-Ratings stehen im Einklang mit der Wirkung der jeweiligen Einzel-Ratings (Tabelle 2). Die Koeffizienten aller kombinierten Rating-Noten sind negativ. Das bestätigt die frühere Schlussfolgerung für Einzelunternehmen: Je schlechter das Rating, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit für einen kurzfristigen Kredit.

Anders sieht das Bild für Gesellschaften aus. Neben der im Vergleich zum Einzelunternehmer geringeren Wahrscheinlichkeit eines „Langläufers“ decken die Befunde eine andere Struktur des Zusammenhanges zwischen Rating und Laufzeit auf. Speziell wird für die Gesellschaften keine durchgehend negative Beziehung gefunden. Die geschätzten Koeffizienten reflektieren vielmehr einen nicht-monotonen Zusammenhang. Die Verschlechterung des Risiko-, Bonitäts- und Immobilien-Ratings um eine Stufe – von der höchsten auf die mittlere – erhöht die Wahrscheinlichkeit eines langfristigen Kredits um rund 17%, 20 % bzw. 31 %. Im Kontrast dazu ist der Übergang in die niedrigste Rating-Stufe mit einer Verkürzung der Laufzeit assoziiert. Kreditnehmer mit dem höchsten Ausfallrisiko haben eine um 18 % höhere Wahrscheinlichkeit, einen sogenannten „Kurzläufer“ zu bekommen als diejenigen mit dem geringsten Risiko. Mangelhafte Bonität senkt die Wahrscheinlichkeit eines langfristigen Kredits um rund 8 %, ein niedriges Immobilien-Rating bewirkt eine um 24 % niedrigere Wahrscheinlichkeit für einen „Langläufer“.

Tabelle 2

Veränderung der Wahrscheinlichkeiten für einen langfristigen Kredit für verbundene Effekte nach Kundenart

In Prozentpunkten

In der obersten Ratingstufe für Risiko und der mittleren Ratingstufe für Bonität ¹	G	14
	S	5
In der mittleren Ratingstufe für Risiko und Bonität ¹	G	25
	S	-10
In der untersten Ratingstufe für Risiko und Bonität ¹	G	-13
	S	-20
Effekt der Besicherung	G	13
	S	x
Effekt der Dauer der Bank-Kunden-Beziehung	G	< 1
	S	< 1
Effekt der Kredithöhe	G	2
	S	5

G = Gesellschaften; S = Selbständige; x = Koeffizient nicht signifikant.

¹ Jeweils gegenüber den beiden obersten Rating-Stufen für Risiko und Bonität.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Die gemeinsamen Effekte des Risiko- und Bonitäts-Ratings gehen konform mit den vorhergesagten Werten für die einzelnen Ratings. Kreditnehmer mit mittlerem Ausfallrisiko und mittlerer Kreditwürdigkeit haben die besten, Gesellschaften mit den schlechtesten Risiko- und Bonitäts-Einstufungen die geringste Wahrscheinlichkeit für einen „Langläufer“. Der Befund für Gesellschaften bestätigt somit die Hypothese von der nicht-monotonen Beziehung zwischen Rating-Noten und Laufzeit. Sowohl für die besten als auch für die schlechtesten Risiken zeigt sich ein Trend zu kurzfristigen Krediten. Mittlere Risiken neigen hingegen eher dazu, sich langfristig zu finanzieren.

Die anderen Einflussgrößen auf die Laufzeit – Sicherheiten, Höhe des Darlehens und die Dauer der Bank-Firmen-Beziehung – spielen zwar eine Rolle, mit Ausnahme der Kreditsicherheiten sind ihre Auswirkungen jedoch überraschend klein. Insbesondere der fast schon vernachlässigbar kleine Einfluss der Dauer der Bank-Firmen-Beziehung auf die Laufzeit des Kredits ist angesichts des Hausbank-Prinzips überraschend.⁶

Diese Schätzergebnisse sind qualitativ vergleichsweise robust. Sie bleiben auch dann weitgehend erhalten, wenn die geschätzten Modelle „kleiner“ sind, d. h. wenn z. B. Kredite an Immobilienfirmen aus dem Sample herausgenommen werden.

Fazit

Diese Studie untersucht auf der Basis eines großen Samples von anonymisierten Kreditdaten wie sich

bankeninterne Rating-Noten auf die Kreditlaufzeit niederschlagen. Als Einflussgrößen auf die Fristigkeit werden neben den Scores aus drei verschiedenen Rating-Arten, Kreditrisiko-Rating, Bonitäts-Rating und Immobilien-Rating, auch Bestandteile des Kreditvertrags und die Dauer der Bank-Kunden-Beziehung herangezogen. Für Gesellschaften zeigt sich ein nicht-monotoner Zusammenhang. Sowohl die schlechten als auch die guten Risiken unter den Gesellschaften nehmen vorzugsweise „Kurzläufer“, wohingegen die mittleren Risiken eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit für „Langläufer“ besitzen. Für Einzelunternehmer zeigen die Ergebnisse einen monotonen Zusammenhang. Tendenziell ziehen hier schlechtere Rating-Noten kürzer laufende Kredite nach sich.

Für beide Unternehmenstypen hat die Note im Bonitäts-Rating die größte Bedeutung. Kredite für Unternehmen mit dem besten Bonitäts-Rating sind tendenziell eher kurzfristig, unabhängig davon, welches Risiko-Rating dieser Kredit aufweist. Diese Tatsache deutet auch darauf hin, dass es keine gegenseitige Kompensierung verschiedener Rating-Arten gibt. Die höchste Wahrscheinlichkeit, einen langfristigen Kredit zu bekommen, haben diejenigen Kreditnehmer, die eine mittlere Kreditwürdigkeit haben und ein mittleres Ausfallrisiko aufweisen.

JEL Classification:
C25, D82, G20

Keywords:
Loan maturity,
Internal bank ratings,
Risk of default,
Creditworthiness

⁶ Ortiz-Molina, H., Penas, M.: Lending to Small Business: The Role of Loan Maturity in Addressing Information Problems. Discussion Paper Nr. 99, Tilburg University 2004, Center for Economic Research finden in ihrer Studie auch keinen Nachweis für den Zusammenhang zwischen Dauer der Bank-Kunden-Beziehung und der Kreditlaufzeit.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Conchita D'Ambrosio, Joachim R. Frick

Individual Well-Being in a Dynamic Perspective

This paper explores the determinants of individual well-being as measured by self-reported levels of satisfaction with income. Making full use of the panel data nature of the German Socio-Economic Panel, we provide empirical evidence for well-being depending on absolute and on relative levels of income in a dynamic framework. This finding holds after controlling for other influential factors in a multivariate setting. The main novelty of the paper is the consideration of dynamic aspects: the individual's own history as well as the relative income performance with respect to the others living in the society under analysis do play a major role in the assessment of well-being.

Discussion Paper No. 673

March 2007

Sebastian Dullien, Ulrich Fritsche

Does the Dispersion of Unit Labor Cost Dynamics in the EMU Imply Long-run Divergence?

Results from a Comparison with the United States of America and Germany

Using unit labor cost (ULC) data from Euro area countries as well as US States and German Länder we investigate inflation convergence using different approaches, namely panel unit root tests, co-integration tests and error-correction models. All in all we cannot reject convergence of ULC growth in EMU, however, country-specific deviations from the rest of the currency union are more pronounced in Europe and more persistent. This holds before and after the introduction of the common currency.

Discussion Paper No. 674

March 2007

Niklas Potrafke

Social Expenditures as a Political Cue Ball? OECD Countries under Examination

This paper examines how policy affects social expenditures. Analyzing an OECD panel from 1980 to 2003, five political variables are tested: Election- and pre-election years, the ideological party composition of the governments, the number of coalition partners and the fact, if the ruling government has a majority in parliament or not (minority government). I find that neither of these variables have an impact on social expenditures using different model setups. The influence of national governments seems to be limited by the globalization, which indeed impairs social expenditures.

Discussion Paper No. 676

March 2007

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html>).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html>).

Fünf Fragen an Klaus Zimmermann über die Verwendung der Steuermehreinnahmen

23. März 2007

Frage: Herr Zimmermann, die Steuereinnahmen sprudeln, und die Neuverschuldung des Bundes sinkt auf immer neue Tiefstände. Schon haben die Ministerien Extrawünsche in Milliardenhöhe beim Finanzminister angemeldet. Ist das nicht tatsächlich ein günstiger Zeitpunkt, die Budgets anzupassen, um aktuelle Reformvorhaben wie zum Beispiel den Ausbau der Kinderbetreuung durchzuführen?

Zimmermann: Das ist das typische Fehlverhalten der Politik. Makroökonomisch verstärkt das den Boom und die Inflationsgefahr. Eine langfristige Wirtschaftsstrategie wird durch Aktionismus abgelöst. So haben wir uns in der Vergangenheit immer wieder in Probleme reingeritten.

Frage: Der Finanzminister sollte also unbedingt bei seinem strikten Sparkurs bleiben, obwohl das Maastricht-Kriterium bereits erfüllt ist?

Zimmermann: Es kommt nicht darauf an, das Kriterium in einem Jahr zu erfüllen, es muss mittelfristig erfüllt werden. Zudem sieht der Vertrag vor, die öffentlichen Schulden zurückzufahren. Das erscheint jetzt möglich zu sein. Das DIW Berlin hat immer gesagt, dass zur Erfüllung des Vertrages eine mittelfristige Strategie erforderlich ist, die die Wirtschaft zu Krisenzeiten nicht kaputt spart, aber die in guten Zeiten zu einer überproportionalen Sparpolitik zwingt. Gelingt das jetzt nicht, ist das die größte Schädigung des Ansehens des Vertrages. Und die Politik hätte ihre finanzpolitische Verantwortungslosigkeit demonstriert.

Frage: Sanieren und investieren – ist das gleichzeitig überhaupt möglich? Wo soll das Geld für Zukunftsinvestitionen denn her kommen, wenn nicht aus den Steuereinnahmen?

Zimmermann: Die Steuerquellen müssen erst einmal dauerhaft sprudeln. Der Staatshaushalt muss strukturell saniert werden, da helfen konjunkturbedingte Erfolge nur temporär. Die Prioritäten sind in der Reihenfolge: Erstens: Abbau der Defizite. Zweitens: Rückführung der öffentlichen Verschuldung. Und drittens: Konzentration aller Reserven auf Zukunftsaufgaben wie Infrastruktur, Bildung, Forschung und Familie.

Frage: Auch die Bundesagentur für Arbeit erwirtschaftet enorme Überschüsse, während ihre Ausgaben sinken. Sollten also nicht zumindest die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weiter gesenkt werden?

Zimmermann: Das ist etwas anderes. In Verbindung mit der Aufgabe unwirksamer Instrumente und der Umsetzung der Ideologie des „Forderns und Förderns“ sollte die Entwicklung der Überschüsse nachhaltig sein. Eine dadurch mögliche weitere Verringerung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entlastet die Unternehmen und führt zu mehr Nettoeinkommen bei bedürftigen Haushalten. Das stärkt sowohl die Konsumnachfrage wie insbesondere die Arbeitsnachfrage der Unternehmen. Mehr Beschäftigung wiederum ist die beste Garantie für eine weitere Kräftigung der Konsumneigung.

Frage: Deutschlands Arbeitnehmer haben jahrelang auf Einkommenszuwächse verzichtet. In welchen Branchen sehen Sie jetzt im Aufschwung Spielraum für Lohnerhöhungen, und in welcher Höhe?

Zimmermann: Für Personalaufwendungen im öffentlichen Bereich besteht weiter kein Spielraum. Es muss nicht nur grundsätzlich gespart werden, sondern wir brauchen auch eine Restrukturierung in den öffentlichen Haushalten hin zu Zukunftsaufgaben. Die Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft können durch Einmalzahlungen dort beteiligt werden, wo es brummt. Das ist insbesondere bei den exportorientierten Branchen der Fall, etwa bei Metall, Chemie, Elektrotechnik. Aber auch hier müssen langfristig sinnvolle Lösungen gefunden werden. Eine generelle Lohnzurückhaltung bleibt angebracht. Erst wenn sich das Wirtschaftswachstum dauerhaft deutlich verbessert, kann auch das Lohnwachstum zunehmen.

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des DIW Berlin und Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit in Bonn

Reform der Gemeinschaftsdiagnose

2. März 2007

Die Gemeinschaftsdiagnose wird ab Herbst 2007 europaweit ausgeschrieben, teilte das Wirtschaftsministerium nach einer Sitzung mit den Präsidenten der Wirtschaftsforschungsinstitute in der vergangenen Woche mit. Als Kriterien für die Teilnahme an der Ausschreibung wurden Unabhängigkeit und ausgewiesene wissenschaftliche Exzellenz in der Konjunkturforschung vereinbart. Weitere Ausschreibungsbedingung ist die Abgabe eines Komplettangebotes für die gesamte Bandbreite der Gemeinschaftsdiagnose. Die Gutachten sind weiterhin in deutscher Sprache vorzulegen.

Insgesamt wird die Zahl der beteiligten Institute von momentan sechs auf weniger als fünf reduziert. Der Auftrag für die Gemeinschaftsdiagnose wird zukünftig für drei Jahre vergeben. Jeweils im Frühjahr wird zusätzlich eine Mittelfristprojektion erstellt. Darüber hinaus nimmt zukünftig auch ein Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums als stiller Beobachter teil.

Das DIW Berlin begrüßt die Entscheidung des Wirtschaftsministeriums ausdrücklich, mehr Wettbewerb zuzulassen. Dennoch wird der Bewerberkreis auch zukünftig klein sein, da alle Kriterien in Deutschland nur von den Leibniz-Instituten erfüllt werden. Allerdings könnten auch mehrere ausländische Institute, beispielsweise aus Holland, Österreich oder der Schweiz ein Angebot abgeben.

Die Konjunkturabteilung des DIW Berlin besitzt sehr große Erfolgschancen, auch zukünftig an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligt zu sein, da sie vor allem mit dem Einsatz fortgeschrittener quantitativer Methoden und der Betonung neukeynesianischer Erklärungsmuster ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber den Konkurrenten besitzt. Die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen der Abteilung sind darüber hinaus überwiegend promoviert oder sogar habilitiert. Die langjährigen Erfahrungen der Wissenschaftler mit der Konjunkturanalyse und ihren Methoden sind durch zahlreiche wissenschaftliche Publikationen belegt. Damit verfügt die Konjunkturabteilung des DIW Berlin über eine wissenschaftlich sehr starke Mannschaft, die hervorragend auf den nationalen wie internationalen Wettbewerb vorbereitet ist.

Vorläufiges Programm der 70. Wissenschaftlichen ARGE-Tagung

Preliminary Program of the 70th Annual ARGE Meeting

„Energiamärkte – Investieren, Konkurrieren, Regulieren“

19. April 2007/April 19, 2007

dbb forum berlin Friedrichstr. 169–170/Ecke Französische Strasse, 10117 Berlin

- 09:15 Begrüßung/Welcoming Speech: Klaus F. Zimmermann
- 09:20 Grußwort: Walter Otremba
- 09:40 Einführung: Wolfgang Franz
- 09:55 Carl-Christian von Weizsäcker – **Keynote Speech „Investitionen in Energiamärkten“**
- 10:35 Diskussion/Discussion
- 11:00 Pause/Coffee Break
Forum I – Moderation: Klaus F. Zimmermann
- 11:20 Referat 1/Lecture 1 – Tim Hoffmann: **„Alternative Strategies for Promoting Renewable Energy in EU Electricity Markets“**
- 11:40 Korreferat 1/Comment 1 – Christian von Hirschhausen
- 11:50 Diskussion/Discussion
- 12:00 Referat 2/Lecture 2 – Gernot Klepper: **„Biokraftstoffe als klimapolitische Strategie“**
- 12:20 Korreferat 2/Comment 2 – NN
- 12:30 Diskussion/Discussion
- 12:40 Mittags-Büffet/Lunch Buffet
- 13:00 nicht öffentlich/closed to the Public: Mitgliederversammlung der ARGE/Meeting for the Members of ARGE
- 13:45 Forum II – Moderation: NN
Jean Michel Glachant – **Keynote Speech „Having a vibrant European Market and Industry or a bunch of Energy National Champions?“**
- 14:25 Diskussion/Discussion
- 14:45 Referat 3/Lecture 3 – Hans-Dieter Karl: **„Investitionen der deutschen Energiewirtschaft“**
- 15:05 Korreferat 3/Comment 3 – Ingo Ellersdorfer
- 15:15 Diskussion/Discussion
- 15:25 Referat 4/Lecture 4 – Reinhard Madlener: **„Innovation, Competition, and Asymmetric Strategic Investment Behavior in Network Industries“**
- 15:45 Korreferat 4/Comment 4 – Till Requate
- 15:55 Diskussion/Discussion
- 16:05 Referat 5/Lecture 5 – Franziska Holz und Claudia Kemfert: **„A Strategic Model of European Natural Gas Supply (GASMOD), How Dominant is Russia?“**
- 16:25 Korreferat 5/Comment 5 – Ulf Moslener
- 16:35 Diskussion/Discussion
- 16:45 Pause/Coffee Break
- 17:15 **Podiumsdiskussion/Panel Discussion: Fossile Energieträger im Spannungsfeld zwischen Versorgungssicherheit und Umweltschutz**
Moderation: Wolfgang Franz, Teilnehmer/Participants: Enno Harks, Johannes Lambertz, Tim Maxian Rusche, Christoph M. Schmidt, Alfred Voss (angefragt)
- 18:15 **Schlusswort und Ende der Tagung/Closing Words at the Conclusion of the Conference**

Die Teilnahme an der 70. Wissenschaftlichen ARGE-Tagung ist kostenlos.

Anmeldungen erbeten an: arge@diw.de oder rmesser@diw.de



Nachrichten aus dem DIW Berlin

Berlin Lunchtime Meeting am 28. Februar 2007

„Gesundheitsreform: die eigenen Ziele klar verfehlt!“ – mit diesem deutlichen Statement begann Prof. Dr. Friedrich Breyer, ein national und international anerkannter Gesundheitsökonom, seinen kritischen Vortrag über die Gesundheitsreform der Bundesregierung. Die Mängel sieht er vor allem im Gesundheitsfond, aber auch im fehlenden Wettbewerb innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherungen sowie zwischen gesetzlichen und privaten Krankenkassen.

Jens Spahn, Mitglied des Deutschen Bundestages und Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Gesundheitsausschuss, verwies auf die Leitlinien des Wissenschaftlichen Beirats, die den Wettbewerb innerhalb des Systems der gesetzlichen Krankenkassen stärken. Die Gesundheitsreform löse zwar nicht alle Probleme im Gesundheitswesen auf einmal, sei aber ein Schritt in die richtige Richtung. Vor allem die Finanzierung – über Beiträge, Steuern, Prämien oder die Ausgrenzung von Leistungen – müsse längerfristig geklärt werden. Jens Spahn sieht dabei nicht die Demografie, wie Friedrich Breyer, sondern den medizinisch-technischen Fortschritt als besonderen Kostenfaktor.

Prof. Dr. Georg Meran, Vize-Präsident des DIW Berlin, moderierte die Veranstaltung und eröffnete die spannende Diskussion. So wurde zum Beispiel darauf hingewiesen, dass neben Demografie und medizinischem Fortschritt das Verhalten der Bevölkerung eine Rolle bei den Gesundheitskosten spiele. Medizinisch-technischer Fortschritt sei dagegen nicht nur kostenintensiv, sondern habe auch kostensenkende Effekte. Ein weiterer Diskussionspunkt waren die durch die Gesundheitsreform nicht reduzierten Bürokratiekosten sowie die stärkere Politisierung im Gesundheitsbereich: Gegenwärtig legen die Kassen die Beiträge fest, während dies zukünftig Aufgabe der Bundesregierung wäre.

Die rege Diskussionsrunde zeigte deutlich, wie viele Fragen noch offen sind. Um ein leistungsfähiges, solidarisches und demografiefestes Gesundheitssystem zu schaffen und nachhaltig zu finanzieren, besteht trotz Gesundheitsreform nach wie vor Handlungsbedarf.

Das Berlin Lunchtime Meeting ist eine gemeinsame Veranstaltung von DIW Berlin, IZA und CEPR, mit freundlicher Unterstützung der Deutsch-Britischen Stiftung.

Ausschuss für Industrieökonomik des Vereins für Socialpolitik

Rundum zufrieden waren die über 40 Teilnehmer des Ausschusses für Industrieökonomik des Vereins für Socialpolitik am 12. und 13. März 2007 mit ihrer turnusmäßigen Sitzung im DIW Berlin. Unter der Leitung von Prof. Dr. Dietmar Harhoff, Vorsitzender des Ausschusses, wurde ein umfangreiches und spannendes Programm abgearbeitet.

Präsident und Vizepräsident des DIW Berlin, Prof. Zimmermann und Prof. Meran, hatten die Mitglieder des Ausschusses begrüßt und betont, dass sich das DIW Berlin sehr freut, dass die Tagung bei sich im Hause stattfindet. Die Themen der Sitzung reichten vom Wettbewerb im Bahnverkehr über effiziente Elektrizitätsportfolios bis hin zur Preisfindung in Medienmärkten.

Prof. Dr. Claudia Kemfert in den Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Brandenburg und in die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen berufen

20. März 2007: Prof. Dr. Claudia Kemfert wurde vom Land Brandenburg in den Nachhaltigkeitsbeirat berufen. Der Beirat soll bei der Ausarbeitung des Entwurfs der Landesstrategie sowie von Grundsätzen und Indikatoren der Nachhaltigkeit und des Ressourcenschutzes beratend tätig sein. Die Berufungsperiode reicht bis zum Frühherbst 2009.

Außerdem wurde Claudia Kemfert in die wissenschaftliche Kommission Niedersachsen berufen. Die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen (WKN) ist ein unabhängiges Expertengremium, das die niedersächsische Landesregierung und die landesfinanzierten Wissenschaftseinrichtungen in Fragen der Wissenschafts- und Forschungspolitik berät.

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph.D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,– (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.